

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

17. Ausgabe / 20. Jahrgang

Für Halle

12. Oktober 2010

Leipziger Erklärung 2010

Bitte nehmen Sie erneut Platz!

Den Erfolg der Zivilgesellschaft am 16.10.2010 wiederholen und die Naziaufmärsche verhindern.

Für den 16.10.2010 haben Leipziger Neonazis mehrere Aufmärsche, u.a. im Zentrum der Stadt, angemeldet. Ein Jahr nachdem Tausende Menschen die Demonstration am 17.10.2009 im Leipziger Osten verhinderten, wollen die Neonazis nun ihre Aufmärsche durchsetzen.

Wir werden das auch diesmal nicht tolerieren.

WIR WERDEN UNS WIDERSETZEN.

Der 17.10.2009 ist aufgrund des entschlossenen und kreativen zivilgesellschaftlichen und antifaschistischen Protestes zahlreicher LeipzigerInnen und ihrer FreundInnen zum schwarzen Tag für die Nazis geworden.

Wie in den Jahren der von Christian Worch angemeldeten Naziaufmärsche zum 1. Mai und zum 3. Oktober gelang es 2009, die Veranstaltung empfindlich zu stören und zu verhindern. Mehrere Tausend Menschen folgten den vielfältigen Aufrufen zum Protest und vereitelten gemeinsam die erste große Neonazidemonstration in Leipzig seit Jahren.

Viele Beteiligte machten zum ersten Mal die Erfahrung, dass durch kollektive gewaltfreie Aktionen eine politische Intervention möglich ist. Um den Nazis in dieser Stadt endgültig die Freude an Aufmärschen zu nehmen, werden wir dieses Jahr wieder mehr sein und uns den Aufmärschen entgegenstellen.

WIR WERDEN UNS WIEDERSETZEN.

Wir werden den Neonazis den Weg versperren. Wir sind überzeugt, dass Menschen 2010 erst recht bereit sind, diesen Aufmarsch mit gewaltfreien und entschiedenen Widersetz-Aktionen zu verhindern.

Wir selbst sind verantwortlich für die Stadt und die Gesellschaft, in der wir leben.

Bei aller Unterschiedlichkeit unserer politischen Ansichten verbindet uns die Entschlossenheit, den erstarkenden Neonazi-Strukturen unsere Überzeugung, unseren Mut und Verstand, unsere Gemeinsamkeit und Vielfalt entgegenzusetzen.

WIR ERKLÄREN:

1. Wir sind entschlossen, Neonaziaufmärsche in Leipzig zu verhindern.
2. Neonazistische Einstellungen und Ideologien der Ungleichwertigkeit (wie Rassismus, Antisemitismus, Faschismus, Nationalismus und die Reduzierung von Menschen auf eine Verwertungslogik) haben in Leipzig keinen Platz.
3. Wir sind solidarisch mit allen, die diese Ziele mit uns teilen.
4. Wir wollen das in gemeinsamen und gewaltfreien Aktionen erreichen.
5. Wir werden den Neonazis mit Widersetz-Aktionen zeigen, dass wir sie weder in Leipzig noch anderswo dulden.

www.leipzig-nimmt-platz.de

Aus der Stadtratssitzung vom 29.09.2010

Etwas ganz Neues gab es in der Stadtratssitzung:

Hendrik Lange, stellv. Stadtratsvorsitzender, leitete zum ersten Mal die Stadtratssitzung! Und er hat es sehr gut gemacht! Diese Einschätzung wurde nicht nur von unserer Fraktion getragen, selbst aus der Verwaltung wurde diese Einschätzung untermauert!

Und noch etwas Positives! Zu Beginn der Stadtratssitzung wurde Frau Riethmüller als neue Seniorenbeauftragte der Stadt Halle (Saale) vorgestellt. Frau Riethmüller arbeitet zwar schon seit längerer Zeit auf dem Gebiet der Seniorenarbeit, nun wurde sie aber als Beauftragte vorgestellt. Grundlage war ein entsprechender Beschluss im Stadtrat, den auch unsere Fraktion mitgetragen hat.

Nach den Plänen der Stadtverwaltung sollten in dieser Sitzung der Nachtragshaushalt der Stadt Halle und auch die Vorlage Neuorganisation der ARGE beschlossen werden. Den Beschluss zur Neuorganisation zur ARGE zog die Verwaltung zurück. Offizieller Grund dafür war, dass der Finanzausschuss noch nicht in die Diskussion einbezogen wurde. Inhalt der Vorlage ist, dass die Verwaltung den Stadträten vorschlägt, die Neuorganisation der ARGE in eine „Optionskommune“ zu überführen.

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes muss ab 2012 eine Neuorganisation erfolgen. Eine Form ist das „Optionsmodell“; das würde bedeuten, dass die Stadt Halle (Saale) die Betreuung von Langzeitarbeitslosen „allein“ - also ohne Bundesagentur - übernimmt. Im Sozial-, Gesundheits- und

Gleichstellungsausschuss und im Wirtschaftsausschuss fand die Vorlage bisher keine Mehrheit. Es bleibt nun abzuwarten, wie weiter damit umgegangen wird.

Der Nachtragshaushalt stand noch auf der Tagesordnung und die Verwaltung begründete die Beschlussfassung auch damit, dass die Kommunalaufsicht den Haushalt der Stadt Halle nur genehmigt hatte, unter der Voraussicht, dass bis zum 30.09.2010 ein Nachtragshaushalt vorgelegt würde, der eine Einsparung von 20 Millionen EUR noch in diesem Jahr vorsieht.

Im Finanz- und Hauptausschuss haben die Stadträte jedoch schon sehr deutlich gemacht, dass eine nochmalige Beratung in den Fachausschüssen notwendig ist. Eine Reihe der angekündigten Sparmaßnahmen muss durch die Verwaltung transparent gemacht werden, ggf. auch Veränderungen vorgenommen werden! Deshalb war es folgerichtig, dass Bodo Meerheim den Antrag stellte, den Nachtragshaushalt in die Ausschüsse zu verweisen.

Alle Stadträte stimmten für den Antrag, nur die Oberbürgermeisterin stimmte dagegen. Damit wird der Nachtragshaushalt jetzt alle Fachausschüsse passieren und in der Oktobersitzung des Stadtrates wieder auf der Tagesordnung stehen.

Ebenfalls abgesetzt wurde der Beschluss zur Aufhebung des Schließungsbeschlusses des Neustädter Friedhofes. Er wird ebenfalls im Oktober wieder auf der Sitzung des Stadtrates zu finden sein.

Die Beschlüsse zum Jahresabschluss der GWG, des Mitteldeut-

schen Multimediazentrums, der ARGE, des Zoo's und der Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Kindertagesstätten wurden ohne Diskussion verabschiedet.

In den Beirat der Bäder GmbH wurden Werner Misch (CDU), Karamba Diaby (SPD) und Ute Haupt (DIE LINKE.) gewählt.

Ergänzt wurde die Geschäftsordnung des Stadtrates und seiner Ausschüsse mit dem Vermerk, dass nun alle Medien die Sitzungen des Stadtrates aufzeichnen dürfen. Wenn ein Viertel des Stadtrates widerspricht, werden diese Aufnahmen untersagt. Grund für diese Änderung war, dass es in einer der letzten Sitzungen, als ein weiterer Fernsehsender, außer des Hallischen Senders, Aufnahmen machen wollte, Probleme durch einzelne Stadträte gab.

Nun ist alles geklärt!

Beschlossen wurde der Antrag unserer Fraktion zur Verbesserung der Breitbandversorgung in einem repräsentativen Gebiet der Stadt Halle. In die Fachausschüsse verwiesen wurden unsere Anträge zur Errichtung eines Fußgängerüberweges an der Straßenbahnhaltestelle Spechtweg und zur Neuordnung der Parkplätze am Kurt-Wabbel-Stadion.

Einige Diskussionen gab es zum Antrag von Herrn Bönisch (CDU) zur Umbenennung der Taubenstraße in Heinrich-Pera-Straße. Unsere Fraktion hatte das Anliegen, Herrn Pera, der sich um die Hospizbewegung in Halle und darüber hinaus einen Namen gemacht hat, zu ehren, unterstützt.

Allerdings wollten wir mehrheitlich dem Änderungsantrag des Stadtrates Oliver Paulsen (Grüne) fol-

gen, der den Antrag stellte, eine Straße mit dem Namen Heinrich Pera zu benennen. Die „Taubenstraße“, so haben Recherchen ergeben, gehört zu den ältesten Straßen der Stadt Halle (Saale) und kommt aus der Überlieferung von „die taube Straße - Sackgasse“. Es war ein Grund für uns, der Umbenennung an dieser Stelle nicht zuzustimmen.

Uwe Köck unterbreitete den Vorschlag, die Straße am Steg entlang der neuen Saaleklinik nach Heinrich Pera zu benennen. Der Vorschlag setzte sich auch nicht durch. Schließlich haben sich die Mehrheit unserer Fraktion bei der Abstimmung der Stimme enthalten. Ebenfalls für heftige Diskussionen sorgte der Antrag der SPD und der Grünen zu den Auswirkungen der Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke auf realisierte und geplante Investitionen der Stadtwerke Halle GmbH.

Inhalt dieses Antrages sind u. a. Appelle an den Landtag und die Landesregierung, sich gegen geplante Verlängerungen der Atomkraftwerkslaufzeiten auszusprechen und eine Aufforderung an die Oberbürgermeisterin, zur Wahrung der Interessen der Stadtwerke, die Instrumente Schadensersatzklage und Entschädigungszahlung durch die Bundesregierung zeitnah im Verbund mit anderen Kommunen und Verbänden zu prüfen.

Die CDU warf den einbringenden Fraktionen Heuchelei vor, weil der Antrag keine Kommunalpolitik sei, auch die FDP stimmte dem zu, indem sie meinte, der „Stadtrat macht Bundespolitik“. Wir stimmten dem Antrag inhaltlich zu!

Ute Haupt, Stadträtin

Schade finde ich, dass wir als sachkundige Einwohner kein Stimmrecht haben.

Bertolt Marquardt- sachkundiger Einwohner im Bildungsausschuss



1. Du bist das erste Mal als sachkundiger Einwohner in der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat tätig. Was heißt das für Dich?

Ich bin ja als sachkundiger Einwohner im Bildungsausschuss tätig. Dort fühle ich mich auch gut aufgehoben, weil ich als mehrfacher Vater sowie lange Jahre in der Bildungspolitik als aktiver Gewerkschafter Erfahrungen in die Arbeit einbringen kann. Das ist aber nicht immer einfach, weil man häufig schon sehr weit gediehenen Prozessen hinterherläuft bzw. die Rahmenbedingungen kaum Entscheidungsspielraum lassen.

So sind z.B. durch die PPP-Sanierungen von Schulen Standortentscheidungen gefällt, da der Betrieb dieser Schulen den Investoren vertraglich über lange Jahre zugesichert wurde. Zudem wurden wir auch mit unausgewogenen oder nicht belastbaren Vorlagen konfrontiert. So wurde auch schon mal aus Versehen die Schließung einer Grundschule vorgeschlagen.

Inakzeptabel fand ich auch, als auf der Basis falscher Zahlen die Schließung von Förderschulen vorgeschlagen wird, so etwas ist unverantwortlich, vor allem den Kindern

und Eltern gegenüber.

Schade finde ich, dass wir als sachkundige Einwohner kein Stimmrecht haben. Das ist nicht besonders motivierend.

2. Mit welchen Themen bringst Du Dich besonders ein in der Fraktionsarbeit?

Eigentlich interessieren mich alle Themen, die mit der Bildungslandschaft etwas zu tun haben. Am Herzen liegt mir, dass wir in Halle soviel wie möglich Schulen erhalten und ein vernünftiges und allen Kindern gerecht werdendes Schulsystem haben. Die Aufklärung der Vorgänge um die Schließung der Förderschule „Am Jägerplatz“ durch die Stadtverwaltung (weil ein Dübel nicht mehr gehalten hatte) war für mich ein wichtiges Thema. Wie hier von Seiten der Stadtverwaltung agiert wurde, das war indiskutabel.

Das Interview führte Ute Haupt.

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
Blumenstraße 16
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345 / 20 255 90
eMail:

linkesblatt@dielinke-halle.de
Swen Knöchel (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: 14 - t ä g i g
Auflage: 650 Exemplare

Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:
07.10.2010
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 28.10.2010

Fraktion DIE LINKE gegen Kahlschlag mit dem Nachtragshaushalt 2010

In der Mitte des vergangenen Monats September erhielten die Stadträtinnen und Stadträte den vom Landesverwaltungsamt im Frühjahr angeordneten Nachtragshaushalt 2010. Im Nachtragshaushalt sind insgesamt Einsparungen von fast 21 Millionen Euro gegenüber dem im Februar 2010 beschlossenen Haushalt vorgesehen. Damals betrug das geplante Jahresdefizit 50 Mio Euro, nunmehr soll es dann nur noch 30 Mio Euro betragen.

Mit den jetzt im Nachtragshaushalt vorliegenden Einsparungen soll auch im Kultur-, Sozial-, Jugendhilfe- und Sportbereich gekürzt werden. 130.000 Euro weniger sollen den Sportvereinen bis zum Jahresende zur Verfügung stehen. Im Sozialbereich sollen noch Kürzungen um 100.000 Euro für so genannte freiwillige Leistungen vorgenommen werden, und das bei einem Gesamtbudget von nur ca. 260.000 Euro – eine Kürzung um ca. 40%. Dagegen formierte sich schnell Widerstand, nicht nur der betroffenen Vereine, sondern auch unter den Stadträten. So beschloss der Sportausschuss einstimmig noch in seiner Septembersitzung, sich nicht mit diesen Kürzungen abfinden zu wollen - und folgte damit einem Eilantrag unserer Fraktion. Die Fraktion DIE LINKE forderte die Verwaltungsspitze zudem auf, den Nachtragshaushalt nicht im September durch den Stadtrat zu peitschen, sondern die zuständigen Fachausschüsse an den Diskussionen zu den Auswirkungen der vorgeschlagenen „Einsparungen“ zu beteiligen und deren Positionen in die Entscheidung einzubinden. Diese Position bestätigte der Finanzausschuss mehrheitlich und der Hauptausschuss des Rates sogar einstimmig (Die OB war nicht anwesend). Trotz dieser eindeuti-

gen Haltung - am Ende aller Fraktionen -, versuchte die Verwaltungsspitze in der Septemberratsitzung erneut, den Nachtragshaushalt zur Abstimmung zu stellen. Der Stadtrat stimmte nur bei einer Gegenstimme (die OB war anwesend) im Übrigen den Nachtrag von der Tagesordnung der Stadtratssitzung, so dass jetzt die Ausschüsse den Nachtrag ordentlich im Oktober beraten können. Wie man so etwas den Versuch des Gesichtswahrens nennen kann, erschließt sich uns nicht, schließlich hat der Rat der OB eine totale Niederlage beigebracht. Aber scheinbar benötigt die OB in unregelmäßigen Abständen solche Klatschen durch ein Rennen gegen die Wand. Übrigens schlägt die Verwaltung als Ersatz für die Kürzungen Geld von noch zu gewinnenden Sponsoren vor. Dabei weiß jeder in dieser Stadt, dass die Sponsorenlandschaft sehr karg ist. Anfragen würden wahrscheinlich bei denen eingehen, die sowieso schon die Hauptlast des Sponsorings im kulturellen, sozialen und sportlichen Bereich der Stadt tragen – den Stadtwerken gemeinsam mit allen ihren

Tochterunternehmen, den kommunalen Wohnungsunternehmen HWG und GWG sowie der Sparkasse. Stadtwerke und Wohnungsunternehmen sollen dabei auch in diesem Jahr das Gros der 21 Mio Euro „Einsparungen“ im Nachtragshaushalt (ca. 19 Mio Euro) und für die nächsten 14 Jahre schultern. Wie das alles zusammen gehen soll, ist äußerst kritisch zu hinterfragen und bedarf deshalb der Beratungen in allen Ausschüssen des Stadtrates. Diese Beratungen wird die Fraktion DIE LINKE nutzen, um Kahlschlagspolitik und deren negative Auswirkungen für die soziale Arbeit, für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen, mit Senioren, mit Menschen mit und ohne Einschränkungen in Vereinen und Initiativen zu verhindern und um Entwicklungsmöglichkeiten kommunaler Unternehmen zu erhalten, ohne die Einwohner Halles über Gebühr zusätzlich zu belasten. Wenn dies der Fraktion gelingt, empfehle ich ihr die Zustimmung zum Nachtragshaushalt 2010.

Dr. Bodo Meerheim,
Fraktionsvorsitzender

Programmkonvent

7. November 2010, 9 bis 17 Uhr, Hannover Congress Centrum
Zu diesem Programmkonvent laden wir euch herzlich ein. Im Plenum und in den acht Diskussionsforen wird es ausreichend Gelegenheiten geben, eine erste Zwischenbilanz zu ziehen, wo wir mit unserer Debatte stehen, welches die hauptsächlichen Debattenpunkte und Positionen sind. Wir haben den Ablauf des Konvents bewusst so geplant, dass unterschiedliche Positionen sichtbar werden. Wir wollen in Hannover kulturvoll streiten, es geht jetzt um Argumente, nicht um Abstimmungen.

Wir freuen uns über die erfolgreichen Regionalkonferenzen und gehen von einem großen Interesse an der Veranstaltung in Hannover aus. Wir bitten euch daher um eine rechtzeitige Anmeldung bis zum 19. Oktober.

Mit solidarischen Grüßen
Gesine Löttsch

Programmdebatte:

Zur Rolle des Eigentums in der Programmdebatte

Wenn sozialistische Programmatik von der Frage ausgeht, welche sozialen, ökonomischen, kulturellen und demokratischen Bedingungen der und die Einzelne notwendig braucht, um die Bedingungen der eigenen Existenz selbstbestimmt beherrschen zu können, muss sie auch die Antwort bezüglich der ökonomischen Bedingungen geben, auf deren Grundlage soziale, kulturelle und demokratische Bedingungen geschaffen werden bzw. die Wahrnehmung durch das Individuum ermöglicht wird.

In den bisherigen Debatten zur Eigentumsfrage wird von Vergesellschaftung gesprochen, ohne den dahinter steckenden Anspruch genauer zu erklären, und dazu aufgerufen, die Eigentumsverhältnisse zu verändern. Wirtschaftliche Macht bedeute auch politische Macht, dieses Verhältnis sei umzukehren. Die berechtigte Forderung, nach dem Primat der Politik in der Gesellschaft und nicht der Ökonomie ist tatsächlich notwendige linke Position in der gesellschaftlichen Entwicklung der Gegenwart, um den Transformationsprozess im Sinne des sozial-ökologischen Umbaus der Gesellschaft voranzubringen.

Allerdings wird dann von der Überwindung der Dominanz des kapitalistischen Eigentums in der Wirtschaft gesprochen und deren Konsequenzen nur vage berührt.

Wir können nicht einerseits von der Vielfalt der Eigentumsformen und andererseits von deren notwendiger Überwindung sprechen. Wir dürfen nicht nur vom Eigentum an Produktionsmitteln sprechen, sondern zugleich die privaten Geld-

vermögen bei der Betrachtung von Eigentumsverhältnissen außer acht lassen. Das „aggressivste“ Kapital in der Wirtschaft ist derzeit das am meisten vergesellschaftete, das Finanzkapital.

Vorhandenes öffentliches Eigentum im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge ist unbedingt zu stärken und auszubauen. Das schließt nicht aus, andere Eigentumsformen in diese Stärkungsprozesse einzubeziehen.

Wenn Eigentum auch der Ausdruck von „Ausbeutung des Menschen durch den Menschen“ ist, dann gehört zu deren Überwindung tatsächlich die umfassende Überführung im Gemeineigentum und es bleibe kein Platz für verschiedene Eigentumsformen. Selbst in den akzeptierten klein- und mittelständischen Betrieben bliebe der Ausbeutungscharakter erhalten. Es wäre deshalb konsequent, dann grundsätzlich die „Beseitigung aller Ausbeutungsverhältnisse“ einzufordern, die durch Eigentum bedingt sind. Diesen Schritt will derzeit kaum jemand einfordern. Also bleibt die Frage, ob tatsächlich die Eigentumsformen das dominierende Charakteristikum gesellschaftlicher Entwicklung bleiben werden.

Letztendlich bedeutet die geforderte „Vergesellschaftung“ von strukturbestimmendem Eigentum nichts anderes, als die Zusammenführung von politischer und ökonomischer Macht. Ist das eine von der LINKE befürwortete notwendige Alternative?

Vergesellschaftung des Eigentums heißt für uns Bedingungen dafür zu schaffen, dass Eigentum im Rah-

men gesellschaftlicher Rahmensetzungen seiner Sozialpflicht und ökologischer Nachhaltigkeit nachkommt. Wesentlich für die Sicherung des Primates der Politik sind die drängenden Fragen der Umsetzung von Wirtschaftsdemokratie und Mitbestimmung. Hier liegt ein enormes Emanzipationspotenzial brach, dessen gesetzliche Grundlagen bereits jetzt gegeben, aber durchaus noch erweiterungsfähig sind.

Der gescheiterte Sozialismusversuch verdeutlicht, dass im Rahmen der Auseinandersetzung mit dem kapitalistischen System zwar der Anspruch auf Vergesellschaftung erfüllt wurde, aber die Triebkräfte für gesellschaftliche Entwicklungen unterschätzt wurden.

Will die LINKE einen erfolgreichen Transformationsprozess aus dem bestehenden kapitalistischen System erreichen, muss die Frage nach dem Eigentumstitel, d.h. dem Besitz, eine sekundäre bleiben, nachrangig gegenüber der Forderung, dass Vergesellschaftung vor allem die Sozialpflichtigkeit des Eigentums berührt.

Die Rolle als Organisator und Hüter des Allgemeinwohls müssen Staat oder kommunale Gebietskörperschaften ausüben, dessen Grundlage und die Ausübung der Machtfunktionen durch die Rolle von Demokratie und Bürgerrechten definiert werden.

Das ist der Weg für die Wiedererlangung des Primats der Politik gegenüber der Wirtschaft.

Dr. Frank Thiel

Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion DIE LINKE

Wirtschaftspolitischer Sprecher

Woher wir kommen, wer wir sind

Ein Diskussionsbeitrag zur Programmdebatte

Im Rahmen der Programmdebatte standen bisher die so genannten offenen Fragen im Mittelpunkt, die für die grundlegende Ausrichtung der LINKEN für die nächsten Jahre von Bedeutung sind, so unter anderem die Regierungsbeteiligungen, die Eigentums- und die Klassenfrage. Die Antwort auf die Frage nach dem „Woher“ und „wer wir sind“ mag nicht von so grundsätzlicher Bedeutung sein. Doch der Blick zurück in die Geschichte der PDS und der WASG, auf ihre Traditionen und letztlich auch auf ihren Umgang mit ihrer Geschichte sagt Manches aus, das für den Umgang mit den Problemen der Gegenwart und den Anforderungen der Zukunft wichtig ist. Davon ausgehend bleibt der Punkt I des Programm-entwurfes an der Oberfläche.

Sicher, rund 160 Jahre Geschichte der Arbeiterbewegung, selbst wenn wir uns nur auf diese konzentrieren, lassen sich nicht auf zweiten Seiten darstellen. Aber gerade deshalb ist es umso wichtiger, was man und wie man es schreibt.

So ist u. E. das Anknüpfen der LINKEN an „linksdemokratische Positionen und Traditionen aus der sozialistischen, sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiterbewegung und aus anderen emanzipatorischen Bewegungen“ eine erhebliche Einschränkung gegenüber dem früheren Diskussionsstand in der PDS. Nun kann man sicher darüber streiten, ob egalitäre und solidarische Ansprüche ebenso wie emanzipatorische und libertäre Traditionen früherer sozialistischer Bewegungen mit „linksdemokratischen Bewegungen und Traditionen“ abgedeckt werden, aber wir sollten es wenigstens tun.¹

Um das Scheitern der DDR zu ver-

stehen, muss es in diesem Kontext zumindest einen Verweis auf die Oktoberrevolution in Russland und ihre Folgen für die sich herausbildenden kommunistischen Parteien geben. Ansonsten ist die Entwicklung der Arbeiterparteien bis 1933 und nach 1945 nicht verständlich.² Die Verfasser des Entwurfs scheinen einem gewissen Hang zu „Sensation“ zu unterliegen: Nicht der 1. Weltkrieg spaltete die Arbeiterbewegung, sondern die unterschiedliche Beantwortung der Frage, wie er beendet werden sollte, reformerisch oder durch eine Revolution. Ob die durch die KPD und später die SED verherrlichte Leninsche Lösung in Form der bolschewistischen Diktatur die richtige war, hat zumindest der Stalinismus grundlegend in Frage gestellt.

Auch haben wir weder in der ostdeutschen noch westdeutschen Geschichtsschreibung etwas über einen „blutigen Bürgerkrieg bis Sommer 1919“ gefunden. Wir nehmen an, dass damit die großen Massenstreiks gemeint sind, aber ein Bürgerkrieg hat wirklich nur in Russland stattgefunden. Es sollten stattdessen zumindest einige Worte über die Weimarer Republik gesagt werden, die es bei aller Zerrissenheit den kommunistischen, sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien ermöglichte, sich frei zu entwickeln, gleichberechtigt an der parlamentarischen Demokratie, so unvollkommen sie gewesen sein mag, teilzuhaben. Den Frauen brachte sie übrigens erstmals das aktive und auch das passive Wahlrecht.

Ganz abgesehen davon, dass ganz wesentliche Elemente des heutigen Staatswesens der Bundesrepublik nicht nur auf die Siegermächte USA und Sowjetunion zurückzuführen

sind, man denke nur an den Föderalismus, der wesentlich auf britischem Einfluss zurückgeht, ver-harmlost die Formulierung „Staaten mit sozialistischem Anspruch“ die Tatsache, dass es sich um Diktaturen handelte.

Die Geschichte linker Kräfte in der BRD - einschließlich der SPD - hat scheinbar bis auf das Verbot der KPD 1956 keine Niederlagen gekannt. Die DKP und diverse linke Splittergruppen hatten nur partiell Erfolge, da sie wie die DKP von der DDR abhängig waren oder aber zum Sektierertum neigten. Die zwei Sätze über die SPD, aus der viele Mitglieder der LINKEN heute kommen, sind genauso nichtssagend wie die über die Frauen-, Umwelt- und Friedensbewegung. Die Entwicklung der SPD von einer die Demokratie der Bundesrepublik Deutschland tragenden Volkspartei hin zu einer Partei, die in den westlichen Bundesländern an Einfluss verliert und in den ostdeutschen Bundesländern den Fuß nicht in dem Maße wie gewollt auf den Boden bekommt, auch weil sie die Agenda 2010 ihrer Parteiführung konsequent mitgetragen hat, müsste zumindest im Hinblick auf diejenigen, die die SPD verlassen haben und über die WASG in der LINKEN ihre Heimat gefunden haben, etwas mehr Raum gewidmet werden.

Abgesehen davon, dass 16 Zeilen über die DDR wirklich fast nur eine Fußnote in der Geschichte sind, bleibt von den Ursachen des Scheiterns, das das Leben der Ostdeutschen so radikal geändert hat, nichts übrig. Auf den Gründungskonsens der PDS, dass wir unwiderruflich mit dem Stalinismus als System brechen, ist nur in der Vergangenheitsform Bezug genommen. Das ist

verwunderlich, gab es doch in der PDS seit 1989/90 eine Debatte über die Ursachen des Scheitern des Sozialismus.³

Bereits auf dem Außerordentlichen Parteitag der SED am 16.12. 1989 wurde deutlich, dass die DDR, so wie sie gewesen war, nicht refor-

mierbar war.⁴

Im Parteiprogramm der Linkspartei. PDS von 2003 heißt es: „Die sozialistische Idee ist durch ihren Missbrauch als Rechtfertigung von Diktatur und Unterdrückung beschädigt worden.

Die Erfahrungen der DDR ein-

schließlich der Einsicht in die Ursachen ihres Zusammenbruches verpflichten uns, unser Verständnis von Sozialismus neu zu durchdenken.“

Auf diese Erkenntnis sollten wir im künftigen Parteiprogramm Wert legen.

Dr. Angelika Klein/Prof. Dr. Hans-Dieter Klein

1 Vgl. Programm der Linkspartei. PDS vom Oktober 2003

2 Vgl. Michael Schumann: Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System! Rede auf dem Außerordentlichen Parteitag der SED in Berlin am 16. Dezember 1989, in: Wolfram Adolphi (Hrsg.): Michael Schumann Hoffnung PDS, Berlin 2004, S.41 ff.

3 Vgl. u.a. Neu beginnen... Thesen der Grundsatzkommission/Historischen Kommission, 2. Parteitag, 2. Tagung, Berlin 21. bis 23 Juni 1991; Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus, beschlossen auf der 1. Tagung des 3. Parteitages der PDS, 29. -31.1.1993; 50 Jahre DDR - „Vorwärts und nicht vergessen?“ Rede von Lothar Bisky am 7. Oktober 199 im Tränenpalast Berlin; „Sozialismus entsteht in und aus der Gesellschaft“, Erklärung des Parteivorstandes der PDS zum 50. Jahrestag des 17. Juni 1953, Mai 2003

4 Vgl. Michael Schumann, a.a.O., S.35 ff.

Birke Bull

5 Euro ist das, was politisch gewollt ist!

„Was nicht passt, wird passend gemacht.“

273,62 Euro ist die Summe aus der Rechnung der Bundesregierung, die 15 bis 18jährigen Jugendlichen monatlich zugebilligt wird. Zwei Beispiele illustrieren das: Für die Nutzung von Verkehrsmitteln sind 12, 62 Euro vorgesehen. In welcher Stadt ist eine Monatskarte für diesen Preis zu haben? Eine (anteilige) finanzielle Unterstützung für den Schülerverkehr zum Gymnasium gibt es nur in Sachsen-Anhalt (damals übrigens auf Initiative der Fraktion DIE LINKE auf die Agenda im Landtag gesetzt). Und wer jetzt an´s Fahrrad denkt, dem sei gesagt, dass dafür monatlich etwa 10 Euro im Bereich „Andere Waren und Dienstleistungen“ vorgesehen sind. Ganze 0,29 Euro finden sich nunmehr in der Abteilung Bildung. Monatlich wohl gemerkt. Das Bildungspaket sieht zusätzlich vor, jeweils im September 70 Euro und im Februar 30 Euro zur Verfügung zu stellen. Wie weit man da-

mit kommt, weiß man, wenn man sich an die lange Liste von Arbeitsmaterialien in den Klassen 8, 9 und 10 erinnert, die jeweils am Beginn des Schuljahres zu besorgen waren. Dafür geht dann eben kein Fahrrad oder kein Kino oder keine Diskothek. Oder aber von den Internetkosten (ca. 14 Euro) muss etwas abgezwickelt werden.

Unzählige Studien haben in den vergangenen Jahren darauf aufmerksam gemacht, dass die Regelsätze im SGB II für eine wirkliche Teilhabe am Leben in der Gesellschaft nicht ausreichen. Zuletzt war es der PARITÄTISCHE, der in eigenen Berechnungen auf einen Mindestbedarf von 420 Euro kam. Die hätten allerdings das vorgegebene Budget von 480 Mio. Euro im Bundeshaushalt gesprengt. Also: Was nicht passt, wird passend gemacht.

„Arbeiten gehen muss sich wieder lohnen.“

Immer wieder wird die Einhaltung

des so genannten Lohnabstandsgebotes eingefordert. Dahinter steht die Behauptung, die Regelsätze seien so hoch, dass es sich gar nicht mehr lohnt, zu arbeiten. Der Grundsatz, dass die Höhe der Transferleistungen niedriger sein sollte als das Einkommen von vollzeitbeschäftigten Erwerbstätigen, scheint nachvollziehbar. Was aber ist die Realität? Gerade die Hartz IV-Gesetze waren es, mit denen sich ein Niedriglohnsektor ungekannten Ausmaßes etabliert hat. Billiglöhne sind keine Seltenheit. Etwa 77.000 Erwerbstätige in Sachsen-Anhalt gehören zu den so genannten Aufstockern: Beschäftigte also, deren Einkommen unter den Regelleistungen von Hartz IV liegen. Menschen mit niedrigem Einkommen wiederum sind die Referenzgruppe für die Berechnungen des Regelsatzes. Eine „Milchbubenrechnung“ also: Die Löhne im unteren Segment sinken und erhöhen somit den Druck auf die Regelsätze. Denn um das Lohn-

abstandsniveau einzuhalten, müssten auch sie weiter sinken. So werden Niedriglohnbeschäftigte und erwerbslose Hartz IV-EmpfängerInnen gegeneinander aufgebracht. Dagegen hilft nur ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn. Nur so kann die Spirale nach unten aufgehalten werden.

„Die SteuerzahlerInnen dürfen nicht ausgeplündert werden.“

In der Tat:

SteuerzahlerInnen müssen für die Erhöhung der Regelsätze aufkommen. Zur Belastung wird das allerdings für die mittleren und kleinen Einkommen vor allem deshalb, weil diejenigen, die mit hohen und höchsten Einkommen nicht entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit besteuert werden. Die Belastung konzentriert sich auf viel zu wenige, die mit ihrem Einkommen die sozialen Sicherungssysteme finanzieren müssen. Das gilt im Übrigen ebenso für die Gesetzliche Krankenversicherung, die Pflegeversicherung und die Rentenversicherung.

Hinzu kommt noch folgendes:

Aktuell gibt es bundesweit etwa 1,3 Mio. erwerbstätige Aufstocker. Sie arbeiten in Beschäftigungsverhältnissen, die dem Arbeitgeber Personalkosten ersparen und somit seinen Mehrwert erhöhen. Auf Staatskosten.

Das mag gerade bei kleinsten Unternehmen in der Tat die Folge von betriebswirtschaftlicher Not sein. ALDI, SCHLECKER, KIK und andere Unternehmensketten gehören dazu nun allerdings wahrlich nicht. Die Zeche dafür zahlen ebenfalls SteuerzahlerInnen. Bereits ein Mindestlohn von 7.50 Euro ersparte dem Steuerzahler minde-

stens 1,5 Mrd. Euro an Hartz IV-Leistungen (lt. Information der Bundesregierung 16. Legislaturperiode).

Fazit:

Die Ausplünderung von SteuerzahlerInnen gilt es mit einer gerechten Steuerreform zu begeben.

Die Straße gewonnen – und nun?

Von Michael Teske, Mitglied der Partei DIE LINKE im Kreisverband Saalekreis

Am 18. September haben 100.000 Menschen in Berlin lautstark, phantasievoll und selbstverständlich friedlich gegen die Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken protestiert. Das war ein riesiger Erfolg, denn die Veranstalter hatten nicht mit dieser massenhaften Beteiligung gerechnet. Selbst die Massenmedien mussten wahrheitsgemäß positiv über den Protest berichten und konnten kein Haar in der Suppe finden. Schade nur, dass von unserer Kreisorganisation offenbar nur ich mit meiner Familie die Zeit gefunden hatte, nach Berlin zu fahren. Ich denke, bei unserer Mobilisierung zu solch wichtigen Willensbekundungen der Menschen müssen wir noch viel, viel besser werden! Das geht an jedes Mitglied, denn die Partei ist nur so wirkungsvoll, wie jeder von uns aktiv ist. Wir hatten jedenfalls das Gefühl, dass es sich gelohnt hat, diesen Tag für Berlin zu opfern. Denn dieses bewegende Erlebnis hat uns die Zuversicht vermittelt, dass in diesem Volk ein großes Protestpotential steckt, dass die Menschen eben doch nicht bereit sind, alle Schandtaten dieser Regierung klaglos und frustriert einfach hinzunehmen. Die Demonstration hat eines ganz offen zutage treten lassen: dass die Mehrheit der Menschen den plumpen Lügen der

Die Basisorganisation Halle-Neustadt West trauert um
ihren Genossen
Bernd Grimm
*04.11.1943 † 24.09.2010
Wir werden seiner in Ehren
gedenken.

schwarz-gelben Regierung nicht mehr glaubt – und dass ganz viele bereit sind, über ihre alltäglichen Sorgen hinaus zu denken und sich auch um das Allgemeinwohl zu kümmern. Das ist für mich auch Zeichen eines neuen staatsbürgerlichen Verantwortungsgefühls. Was mich besonders hoffnungsvoll gestimmt hat: Menschen jedes Alters, aus verschiedensten sozialen Klassen und Schichten, aus Ost und West, engagiert in drei großen Parteien, in Umweltgruppen, Bürgerinitiativen oder einfach Privatleute, die nicht mehr schweigen wollen, haben GEMEINSAM protestiert. Sie alle haben ihre politischen Differenzen und sozialen Unterschiede hintan gestellt und für EINE gemeinsame Sache gekämpft.

Die Frage, die sich daraus ergibt, ist: Kann dieser gemeinsame Protest die Gesellschaft grundlegend verändern, kann er antikapitalistische Kräfte stärken, das Großkapital in die Schranken weisen und somit bereits als Teil eines revolutionären Prozesses wirken? Oder verpufft der Protest, weil es inhaltlich um viel zu wenig geht, nämlich nur um die Sicherung des Status quo? Oder weil sich die Konzernchefs und ihre willfährigen Helfer in der Politik nicht von 100.000 Demonstranten beeindrucken lassen, weil sie (noch) viel zu fest im Sattel sitzen, um auf

diesen Massenprotest überhaupt eingehen zu müssen? Und: Wie kann die LINKE diesen Massenprotest nutzen, um ihre Ideen in größeren Bevölkerungskreisen bekannt zu machen?

Ja, eine solche große Demonstration stimmt euphorisch, und gerade deshalb will ich versuchen, diese Fragen sehr sachlich zu beantworten.

Wie beginnt eine Revolution und wie läuft sie ab? Eine Revolution beginnt sicher nicht am Tag des Sturzes einer Regierung oder der Entmachtung einer herrschenden Klasse. Sie beginnt in unseren Köpfen. Sie beginnt bereits mit der Entwicklung eines Massenbewusstseins über die Unhaltbarkeit der herrschenden Verhältnisse einerseits und übermachbare Alternativen andererseits. Die Demonstration am 18. September war ganz sicher Ausdruck für beides, denn nur durch dieses Bewusstsein – dass es so nicht weiter geht und dass man etwas dagegen tun kann – wird ein Mensch aktiviert, auf die Straße zu gehen. Natürlich ist dieses Bewusstsein zunächst nur bezogen auf ein bestimmtes, relativ enges Gebiet der Politik. Die neueste Meinungsumfrage zeigt aber, dass Schwarz-Gelb in der Wählergunst seit Beginn der Umfragen noch nie so tief gefallen war wie jetzt! Die Menschen schließen also, völlig richtig, vom Einzelnen auf das Gesamte und zweifeln offenbar die Glaubwürdigkeit der Regierungspolitik generell an, etwa nach dem Motto: „Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht.“ Und die Menschen stellen Zusammenhänge zwischen verschiedenen Erscheinungsformen der kapitalistischen Zerstörung von Umwelt und Sozialwesen her. Ich habe auf der Demo nämlich auch viele Menschen mit Plakaten gegen

Stuttgart 21, gegen Bildungsnotstand usw. gesehen.

Und hier genau liegt die Chance für uns, die LINKE: Ging der Protest gegen den Atomdeal noch von der traditionellen Öko-Partei Bündnis 90/Die Grünen aus, die jetzt auch folgerichtig einen Höhenflug in der Wählergunst durchlebt, so sind wir doch am ehesten in der Lage, die Zusammenhänge der katastrophalen Atompolitik der Regierung mit den gesellschaftlichen Notwendigkeiten in dieser Spätphase des Kapitalismus, in der wir uns befinden, herzustellen. Denn Umweltzerstörung, Ausbreitung riskanter Technologien, Sozialabbau usw., all dies sind ja nur Facetten des Versuchs des Großkapitals, den Mechanismus der Kapitalverwertung noch etwas länger in Gang zu halten. Umweltschutz oder die Erhaltung sozialer Systeme oder auch nur die Achtung vor dem Leben spielen dabei überhaupt keine Rolle. Wir sind also in der Lage, den Menschen zu zeigen, dass ihr Kampf gegen die Atompolitik der Regierung auch ein Kampf gegen die Unterwerfung aller Lebensbereiche unter die Interessen des Kapitals ist. Und wir können ihnen zeigen, dass ihr Kampf gegen diese Atompolitik, gegen eine ganz konkrete Auswirkung der notwendigen Profitmaximierung, notwendig ist und Sinn hat, weil dadurch das Kapital in seinen Freiheiten durchaus beschränkt wird. Im konkreten Fall zeigt sich dies daran, dass die Regierung offenbar in Schockstarre verfallen ist, dass man aus Merkels Mund seit der Großdemonstration einfach NICHTS mehr zum Thema hört! Man will ja wieder gewählt werden, und auch der Kernkraftlobby nützt die Betonkopfmentalität rein gar nichts, wenn ihre Vasallen nicht wieder gewählt werden! Ja,

wir dürfen uns ganz sicher sein, dass man in den Vorstandsetagen der Stromkonzerne und auch in der Regierung das Zittern bekommen hat angesichts der Massen auf der Straße (zu so einem Thema, das doch die Menschen scheinbar gar nicht direkt betrifft!). Ja, ich behaupte, dass das Kapital so frei nicht agieren kann, wie es uns oftmals scheint, wenn nur die Öffentlichkeit dagegen hält! Dies ist natürlich weiterhin dringend notwendig: Der Protest darf nicht verebben, er muss ergänzt werden durch andere Formen, wie durch die vorbereitete Blockade der Castor-Transporte nach Russland im November im Wendland. Nein, das Anketten an Bahngleisen und das Entfernen von Schotter aus dem Gleisbett ist nicht Jedermanns Sache, denn es erfordert viel Mut und persönlichen Einsatz, auch auf die Gefahr einer Verurteilung hin. Aber diesen Menschen, die das auf sich nehmen, gebührt unsere uneingeschränkte Solidarität. Wir müssen und können sie unterstützen, indem wir in Gesprächen mit Menschen, die auch begonnen haben, nachzudenken, die zu erwartenden Lügen der Massenmedien über angeblich militante Blockierer gerade rücken und indem wir – eben – den Blick auf die Zusammenhänge richten. Beides passt auch gut in den beginnenden Wahlkampf. Machen wir doch dieses Thema – Atompolitik und, weiter, Energiepolitik, Umweltpolitik, den Traum von einer Gesellschaft der kurzen Wege, in der wir mit einem Bruchteil des heutigen Energieverbrauchs gut und besser als heute leben können – zum Thema. Machen wir zum Thema, warum das im Kapitalismus nicht geht. Sagen wir den Menschen, dass es sich lohnt, für diese Ziele und für noch so kleine Schritte dahin GEMEINSAM

zu kämpfen, damit diese Gesellschaft zuerst ganz langsam und unmerklich, zuerst in den Köpfen und später auch real, überwunden wird. Und zeigen wir ihnen auf diese Weise, dass wir beides brauchen: unseren gemeinsamen, massenhaf-

ten Protest auf der Straße UND unsere Leute in den Parlamenten. Denn genau das wäre ein Weg, um revolutionär zu wirken, OHNE das Blutvergießen, das aus der (falschen) Sicht vieler zwangsläufig mit an sich fortschrittlichen Revo-

lutionen verbunden sein soll. Ob es so geht, ob wir diese Gesellschaft auf diese Weise überwinden? Ich weiß es nicht, aber wir sollten es versuchen. Und der Anti-Atomkraft-Sonnabend in Berlin macht Mut, es einfach zu tun!

Bericht über die Herbstakademie des SDS 22.09-26.09.2010

„Don't mourn. ORGANIZE!“ Unter diesem Motto stand die diesjährige Herbstakademie des SDS. Nachdem mensch sich letztes Jahr in der Metropole Berlin getroffen hatte, hatten die OrganisatorInnen dieses Mal den höchsten Berg Hessens als Tagungsort ausgewählt. Knapp 70 Genossinnen und Genossen trafen sich auf der Wasserkuppe bei Fulda, um 4 Tage lang über Fragen und Perspektiven sozialistischer Organisation in der heutigen Gesellschaft zu diskutieren.

„Das wird hart!“, dachten wohl viele beim Blick auf das voll gepackte Programm, das von morgens um 10 bis abends halb 11 Lektüreworkshops, Arbeitsphasen und Podiumsdiskussionen vorsah. Doch schnell war klar, dass die Zeit bei weitem nicht ausreichte, um all die spannenden Texte und Themen ausführlich zu bearbeiten. Nicht selten wurde eine hitzige Diskussion durch das Küchenpersonal beendet, welches vehement darauf drängte, die Essenszeiten einzuhalten.

Auf dem Plan standen unter anderem Marx' „Kritik des Gothaer Programm“, „Sozialreform oder Revolution?“ von Luxemburg oder Auszüge aus Texten von Gramsci und Holloway zu Organisations-

theorien. Diese wurden zuerst in einem kleinen Input-Referat vorgestellt. Danach teilten sich die TeilnehmerInnen in Kleingruppen von ca. 8-10 Leuten auf, um Fragen und interessante Textpassagen zu diskutieren.

Weiterhin stellten sich die Bundesarbeitskreise (BAK) des Verbandes vor und in Arbeitsphasen hatte mensch sofort die Gelegenheit, sich aktiv in die Arbeit der BAK einzubringen.

Abends traf sich dann noch einmal die ganze Gruppe, um mit verschiedenen ReferentInnen, z.B. über das Parteiprogramm der LINKEN oder interne Demokratie im SDS, zu debattieren.

Natürlich blieb auch noch Zeit zum gegenseitigen Kennenlernen, was ja auch ein Ziel der Herbstakademie ist. Durch die ständig neue Mischung der Kleingruppen kam man mit AktivistInnen aus den verschiedensten Bundesländern ins Gespräch und konnte neben Erfahrungen über Veranstaltungen und Gruppenpraxis auch Telefonnummern und Email-Adressen zur weiteren Zusammenarbeit austauschen. Gefördert wurde diese Vernetzung durch die Ag GruKa, die immer mal wieder kleine Regional-Treffen organisierten, bei denen sich SDSlerInnen aus ähnlichen

Gebieten zusammenfanden.

Doch nicht nur theoretische Arbeit und politische Diskussionen bestimmten die Tagesgestaltung. Nachmittags wurde gemeinsam Fußball gespielt oder man entspannte zu Gitarrenklängen der musikalischeren Genossen in der Sonne. Nach dem abendlichen Podium wurde ausgelassen gefeiert und die Gespräche drehten sich auch mal um anderes, als um politische Theorien und die Frage, wann es denn nun endlich so weit sei, mit der Revolution.

Die Herbstakademie ist für alle SDSlerInnen eine wichtige Zeit, um sich theoretisch weiterzubilden, politische Positionen und Ideen zu entwickeln und um Anregungen für die Gruppenpraxis zu erhalten.

Genauso wichtig ist jedoch auch die gemeinsame Zeit, die miteinander verbracht wird, das gegenseitige Kennenlernen, der Erfahrungsaustausch, die Vernetzung untereinander. Das alles hilft, uns als jungen Studierendenverband auf unserem Weg der politischen Praxis voranzubringen und unsere Arbeit zu stärken, um damit den kommenden Auseinandersetzungen in Zeiten der Krise gewachsen zu sein.

Anne Geschonneck

SDS. Die Linke Links-Alternative Hochschulgruppe MLU

Stuttgart 21 - Merkel 21!

Michael Schlecht, MdB - Chefvolkswirt Fraktion DIE LINKE - Gewerkschaftspolitischer Sprecher im Parteivorstand DIE LINKE

Am 30. September wurde mit einer nicht für möglich gehaltenen Gewalt der Protest gegen Stuttgart 21 nieder geknüttelt. Die Polizei setzte massiv Pfefferspray und andere Reizgase ein. Wasserwerferschossen mit 20 Bar Druck in die Menge. Der direkte Aufprall auf den Körper führt zu Rippenbrüchen und mindestens zwei Demonstranten haben wohl ihr Augenlicht verloren, weil der Wasserstrahl sie direkt ins Auge traf. Rund 380 verletzte Demonstranten wurden insgesamt gezählt.

Getroffen wurden vor allem Kinder und Jugendliche. Seit Wochen war ihre Demonstration gegen Stuttgart 21 angemeldet. Sie sind nicht nur physisch getroffen, sondern auch traumatisiert. Kampfgestalten, die man sonst nur aus jugendgefährdenden brutalen Computerspielen kennt, haben 13, 14 und 15-jährige Jungen und Mädchen geschlagen, getreten, weggeschleift und mit Kampfgasen traktiert. Für viele ein Alptraum, der Wirklichkeit wurde. Bürgermeister Schuster, Innenminister Rech und Ministerpräsident Mappus geben den Kindern selbst die Schuld. Zynisch. Und die Behauptung, die Eltern hätten ihre Kinder als Schutzschilder in den Kampf geführt, macht eigentlich nur noch sprachlos. Getroffen wurden auch viele ältere Bürgerinnen und Bürger. Viele davon ehemalige CDU-Wähler. Eine 60jährige, gutbürgerlich gekleidete Frau ist fassungslos, dass sie von einem Polizisten geschlagen wurde. Ihr Mann, der ihr zur Hilfe kam, erhielt eine Dusche Pfefferspray aus nächster Nähe ins Gesicht. Die 65jährige Landes-

sprecherin der Linken und ehemalige ver.di-Landesvorsitzende - Sybille Stamm - wird von Bundespolizisten kurzerhand ins Gebüsch geworfen und getreten. Gottseidank nur ein verstauchtes Handgelenk. Sie sagt: „Seit 1968 die brutalsten und schlimmsten Exzesse, die ich erlebt habe.“

Seit fast einem Jahr wird mindestens einmal wöchentlich gegen Stuttgart 21 protestiert. Seit Beginn der Abbrucharbeiten am historischen Bahnhofsgelände Ende Juli wird wöchentlich zweimal demonstriert. Ohne Mobilisierung durch eine Großorganisation beteiligen sich daran jeweils Zehntausende. Am letzten Freitag kamen 100.000. Seit Ende Juli haben sich mehr als 250.000 Stuttgarter mindestens einmal an den Protesten beteiligt.

Ein wahrer Volksaufstand!

Jedoch wird dies von der politischen Nomenklatura komplett ignoriert. Dies erinnert an die Wirklichkeitsverweigerung des Politbüros der SED 1989.

Mappus, Rech und Schuster setzen jetzt auf Radikalisierung der staatlichen Apparate. Sie sind verantwortlich für die ausgestochenen Augen und für die sonstigen Verletzungen.

Die eigentliche Scharfmacherin ist Kanzlerin Merkel. In der Haushaltsrede am 15. September hat sie Stuttgart 21 zu ihrem Kampf erklärt. Merkel 21! Mit Stuttgart 21 würde über die Zukunftsfähigkeit Deutschlands entschieden. Deutschlands internationale Glaubwürdigkeit stehe auf dem Spiel und die Gefahr, dass die Griechen sich nicht an die Kürzungsprogramme halten, die ih-

nen auf maßgeblichen Druck der deutschen Regierung aufgeherrscht wurden. Deshalb befiehlt Merkel: „Augen zu und durch!“ Auch wenn dies heißt, dass Kinder, alte Menschen, CDU-Parteigänger und die Demokratie niedergeknüttelt werden. Der geplante Neubau des Stuttgarter Hauptbahnhofes und der Neubaustrecke nach Ulm sollen offiziell sieben Milliarden kosten. Bahnunabhängige Gutachter gehen von 13 bis zu 20 Milliarden aus!

Viele Menschen lehnen Stuttgart 21 ab, weil es selbst in der relativ reichen Schwabenmetropole massive soziale Missstände gibt. Die Kinderarmut ist hoch und 3000 Kita-Plätze fehlen. In vielen Schulen bröckelt der Putz von den Decken. Und an den Hochschulen herrscht Mangelverwaltung.

Das alles passt nicht zusammen mit der Verpulverung von Milliarden für ein Wahnsinnsprojekt. Es kommt hinzu, dass in Stuttgart 21 die Milliarden vergraben werden, die für Neubau und Ertüchtigung vieler anderer ökologisch wichtiger Bahnprojekte auf Jahrzehnte fehlen werden. Insoweit ist nicht nur ganz Baden-Württemberg betroffen, sondern auch andere Bundesländer. Merkel lehnt eine sofortige Volksbefragung ab. „Die Landtagswahl im nächsten Jahr ist die Befragung der Bürger über die Zukunft Baden-Württembergs, über Stuttgart 21,“ so Merkel. Mit dem sich abzeichnenden Untergang von Schwarz-Gelb in Baden-Württemberg wird sie sich selbst eine weitere, schwere Niederlage einhandeln. www.michael-schlecht-mdb.de www.stuttgart21-stoppen.de